Schulz - Alternative zur Alternativlosigkeit von Merkel?

Nicht einmal mehr 7 Monate vor den nächsten Bundestagswahlen am 24. September wird die Politik noch einmal aufgemischt. Zumindest dies ist der SPD mit der überraschenden Kanzler-Rochade von Sigmar Gabriel zu Martin Schulz gelungen. Und dies mit keiner geringeren Botschaft als dem Verbalangriff auf die Agenda 2010 im verflixten dreizehnten Jahr ihrer Verkündung durch den damaligen Bundeskanzler der SPD Gerhard Schröder am 3.März 2003. Ob dies allerdings bis zu den Bundestagswahlen trägt, ist noch längst nicht ausgemacht. Zum einen sind die Töne anderer SPD Granden bei näherem Hinhören eher verhalten. Zum anderen haben die Arbeitgeber und ihre Freunde in der CDU/CSU bereits zum Gegenangriff geblasen. Entscheidend ist jedoch zum Dritten, ob es Martin Schulz gelingt, einen grundlegenden Kurswechsel zu der neoliberalen Agendapolitik für die von ihm propagierte Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit glaubwürdig zu vermitteln.

Ob Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein Westfalen, vor ihren Landtagswahlen am 14. Mai, Parteivize Thorsten Schäfer-Gümbel oder jetzt auch Noch- Parteivorsitzender Sigmar Gabriel betonen zuvörderst die überragende Bedeutung der Agenda 2010 für das „Zweite Deutsche Beschäftigungswunder. Im weiteren Zuge gestehen allerdings auch sie den von Schulz angemahnten Korrekturbedarf vor allem bei der Verlängerung des ALGI sowie der Begrenzung befristeter Beschäftigung zu. Ein ermutigendes „Novum“ für das Innenleben der SPD ist sicherlich, dass die sonst üblichen Flügelkämpfe zwischen rechts und links bislang ausgeblieben sind. Johannes Kahrs, Vorsitzender des rechten Seeheimer Kreis hat mit als einer der ersten Martin Schulz seine Unterstützung ausgesprochen.

Auch Schulz versäumt es nicht, die wirtschaftlichen Vorzüge von Schröders Agenda 2010 zu betonen. Er verspricht jedoch im nächsten Atemzug mit unerwarteter „Chuzpe“, einige der schlimmen Giftzähne zu ziehen, wie insbesondere die drastische Senkung des Arbeitslosengeldes oder die ausufernde Befristung bei Neueinstellungen. Auch für Rentner hat er überfällige Vorschläge in seinem politischen Köcher: das Rentenniveau soll stabilisiert und eine Mindestsicherung im Alter eingeführt werden. Für Familien und Kinder verspricht er eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität; Fort- und Weiterbildung sollen Arbeitnehmerrechte werden und Betriebsräte in ihrer betrieblichen Arbeit besser geschützt werden.

Zur Glaubwürdigkeit wird allerdings auch gehören, dass er genauer sagt, was er damit meint. Die bisherigen Vorstellungen von Bundesarbeitsministerin und stellvertretender Fraktionsvorsitzenden der SPD Andrea Nahles zur Stabilisierung des Rentenniveaus nach dem Jahr 2030 und nur auf 46 Prozent wird kaum große Begeisterung bei Arbeitnehmern und Rentnern auslösen. Auch die bekannten SPD Vorschläge zu einer solidarischen Lebensleistungsrente haben für die wirklich notleidenden Rentner und vor allem Rentnerinnen viel zu hohe Zugangs-Hürden. Insgesamt fehlen Vorschläge zu einer sozial gerechten Finanzierung, die endlich die Fischzüge des Bundesfinanzministers in die Kassen

der Sozialversicherung beenden und nicht noch weiter ausdehnen, wie bei der Mütterrente, der 63er Regelung oder der gerade beschlossenen Ost-West Angleichung. Vor allem muss das ungerechte sowie löchrige Steuersystem wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

An Stelle weiterer „Narkotisierung“ der Politik in der Großen Koalition mit ihren 80 Prozent der Stimmen im Deutschen Bundestag erfolgt geradezu ein Raketenstart des von der Brüsseler Reservebank für die kommenden Wahlkämpfe eingewechselten SPD Kanzlerkandidaten Martin Schulz beim politischen Zugriff auf das Bundeskanzleramt. Selbst eine Wechselstimmung von der bisher „alternativlosen“ Dauer-Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer politischen Alternative Martin Schulz wird nicht mehr ausgeschlossen.

Schulz ist damit das Kunststück gelungen, in wenigen Wochen nicht nur als Person gleichauf in der Beliebtheitsskala mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu liegen, sondern auch die mit 20 Prozent vor sich hin dümpelnde SPD um 10 Prozentpunkte nach oben zu hieven. Damit hat sie je nach Umfragewerten das Niveau der CDU/CSU entweder knapp erreicht oder teilweise sogar gerissen. Federn mussten auch die Oppositionsparteien lassen und dabei am meisten die Grünen. Auch die AFD scheint ihren politischen Zenit überschritten zu haben, wozu allerdings vor allem die Entspannung in der Flüchtlingspolitik beigetragen hat. Allerdings dürfte dies auch durch die eigenen Querelen um die nicht mehr unter der Decke zu haltenden rechtsradikalen Tendenzen verstärkt werden. Zudem ist es gerade für die SPD Balsam auf die verwundete Seele durch die millionenfachen Mitgliederverluste nach der Agenda 2010 wieder einen schon seit langem ungekannten Zuwachs an Eintritten zu erleben. So hat sich das Blatt sozusagen von einer Woche zur anderen gewandelt: An Stelle von Frust und Sorgen um ständige Mitgliederverluste, müssen jetzt Sonderschichten eingelegt werden, um genügend Parteibücher für die Neu- und Wiedereintritte zur Verfügung zu stellen.

Schon lange hat es nicht mehr eine solche öffentliche Aufmerksamkeit für die SPD und ihren neu gekürten Kanzlerkandidaten gegeben. Berichte und Kommentare sind kaum mehr zu zählen und erreichen inzwischen alle lokalen Winkel der Bundesrepublik. Von „Entschröderung der SPD“, „Schulz hackt die Agenda 2010 entzwei“ oder „Schulz verspielt das Vermächtnis von Gerhard Schröder“ bis „Wünsch dir was von Martin Schulz“ reicht die Palette.

Dabei spielt sicherlich auch eine Rolle, dass mit Martin Schulz ein Kandidat außerhalb des nationalen politischen Establishments auf die politische Bühne getreten ist- und dies mit Volldampf gegen die Agenda 2010. Über Jahre und wechselnde politische Konstellationen der SPD in Opposition oder Großen Regierungskoalitionen ist diese schwelende Wunde für viele Menschen in der Bundesrepublik mehr oder weniger schamhaft unter den Teppich gekehrt worden. Mit den vorherigen Kanzlerkandidaten Frank Walter Steinmeier und Peer Steinbrück waren Architekt und Verteidiger der Agenda Politik von Gerhard Schröder auf den Schild gehoben worden. Da ist es geradezu ein politischer Befreiungsschlag, wenn ein Kanzlerkandidat der SPD jetzt lautstark in der Öffentlichkeit zugibt, dass mit der Agenda 2010 Fehler gemacht worden sind und vor allem, dass sie korrigiert werden müssen.

Dabei ist trotz mehr als 1000 Seiten teurer vom Steuerzahler finanzierter Gutachten bis heute nicht geklärt, wie die Beschäftigungswirkungen der Agenda 2010 einzuschätzen sind. Von einem Zweiten Beschäftigungswunder sprechen die Agenda-Nutznießer in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. In der Tat ist die Arbeitslosigkeit von über 5 Millionen in der Spitze Anfang 2006 auf inzwischen unter 3 Millionen zurückgegangen und die Beschäftigung erreicht mit 43,6 Millionen Rekordniveau. Was allerdings schamhaft verschwiegen wird: die Arbeitszeit liegt noch unter dem Stand von 1990 und entsprechend niedrig sind auch die Einkommen geblieben. 40 Prozent der Bevölkerung haben im vergangenen Vierteljahrhundert keinerlei Wohlstandszuwachs erreichen können, 10 Prozent mussten sogar empfindliche Einkommensverluste hinnehmen. Langzeitarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Niedriglöhne bis zu Armut bei Arbeit und im Alter sind in vergleichsweise kurzer Zeit und überdurchschnittlich hohem Ausmaß gestiegen. Dabei hat die skandalöse Explosion der Minijobs im Zuge der Hartz Gesetze einen wesentlichen Anteil. Mit über 7 Millionen sind über ein Fünftel der abhängig Beschäftigten, davon zwei Drittel Frauen, in dieser Armutsfalle gefangen. 20 Prozent der Menschen am unteren Rand der Gesellschaft - davon beinahe die Hälfte der jungen Menschen zwischen 15- und 25 Jahren - wissen vielfach nicht, wie sie überleben sollen. Obdachlosigkeit und Ansturm auf gemeinnützige Tafeln oder Kleiderkammern sind schon längst keine Randerscheinungen mehr, sondern nehmen im öffentlichen Leben nicht nur in den Ballungszentren erschreckend zu.

Dabei ist erneut im jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt: der Reichtum an Einkommen, Kapitalerträgen und Vermögen in den Händen von immer weniger Privaten hat in den letzten 15 Jahren stetig zugenommen. Danach verfügen heute 10 Prozent der Vermögensstärksten über die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die Kehrseite ist ein dramatischer Rückgang öffentlicher Investitionen und Leistungen mit einem weiteren Aderlass für Arbeit und Leben der großen Mehrheit der Bevölkerung. Die Löcher in der lebensnotwendigen Infrastruktur sind allenthalben mit Händen greifbar- insbesondere marode Schulen, fehlende Betreuung und Erziehung der Kinder, genauso wie Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere Menschen. Gleichzeitig werden ständig neue Skandale in nationalen und multinationalen Konzernen bekannt, die Arbeitsplätze und Existenz für hunderttausende von Arbeitnehmern kosten. Top Manager stecken sich unvorstellbare Einkommen, Bonuszahlungen, Abfindungen und Pensionen in die Tasche und leiten sie vielfach in die Steueroasen innerhalb und außerhalb Europas weiter. Wie in kaum einem der anderen vergleichbaren EU Länder hat die Spaltung in der Gesellschaft so schnell und rapide zugenommen. Vorläufige Höhepunkte sind in den Finanzkrisen nach der Lehmann-Pleite 2008 mit der Kapital-Vernichtung von hunderttausenden Euro besonders drastisch zutage getreten.

Dabei ist dies keinesfalls ein Zufallsergebnis der auf die Verbesserung von Wirtschaft und Beschäftigung in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit gezielten Agenda 2010. Vielmehr war es erklärte Zielsetzung von Gerhard Schröder, mit der Deregulierung des Arbeits- und Sozialrechts sowie dem Abbau von Sozialleistungen die Arbeitgeber von den Arbeitskosten zu entlasten, auch um den Preis der sich dramatisch ausweitenden prekären Beschäftigung mit Niedrig- und Armutslöhnen. Als Gegenstück gehörte dazu auch die Begleitung der Agenda

durch großzügige Steuerentlastungen der Wirtschaft und die erhebliche Absenkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent. Wie die Menschen in Deutschland bitter erfahren mussten, nahmen vor allem die großen Konzerne diese Entlastungen gerne in Anspruch, allerdings ohne die erwartete Gegenleistung von mehr Arbeitsplätzen zu erbringen, die sie lieber in das billigere Ausland verlagerten. Die SPD erhielt die Quittung und musste sich2005 aus der Regierungsverantwortung in NRW sowie im Bund verabschieden.

Es ist der unzweifelhafte Verdienst von Martin Schulz- ob mit oder ohne Absicht- diese sozialen Ungerechtigkeiten offen auszusprechen und in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes um das Bundeskanzleramt zu stellen. (Ob dies allerdings ihn und die SPD über den noch knapp sieben Monate dauernden Wahlkampf in das Bundeskanzleramt tragen wird, ist noch nicht ausgemacht. Dies hängt entscheidend davon ab, ob er den dringend erforderlichen Kurswechsel bei der Agendapolitik in der Öffentlichkeit vermittelt sowie in dem Wahlprogramm der SPD durchsetzen kann. Der Test hierzu ist noch nicht bestanden. Entscheidende Etappen dabei werden die Landtagswahlen in erster Linie in NRW, aber auch in Schleswig Holstein und im Saarland am 14. Mai sein.)

Dabei wird er deutlicher und konkreter darstellen müssen, wie die überfällige Verlängerung des ALGI für ältere Arbeitnehmer ausgestaltet werden soll. Der Skandal ist hinlänglich bekannt, dass trotz Pflichtversicherung nicht einmal mehr ein Drittel der Arbeitnehmer im Fall ihrer Arbeitslosigkeit die Versicherungsleistung ALGI beziehen. Vielmehr werden sie, sofern sie überhaupt Leistungsansprüche haben, auf das bedarfsorientierte ALGII auf dem Niveau der Sozialhilfe verwiesen. Dabei müssen sie die vielfältigen negativen Begleiterscheinungen der Anrechnung von anderweitigem Einkommen und Vermögen sowie administrativer Bevormundung und Kontrolle hinnehmen.

Wenn heute allenthalben aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Verlängerung des Arbeitslosengelds als ökonomisches Teufelszeug verschrien wird, ist dies pure Heuchelei. Gerade die Wirtschaft wird nicht müde, den Arbeits- und Fachkräftemangel zu beschwören. Gleichzeitig ist ihre Bereitschaft äußerst begrenzt bis nicht vorhanden, überhaupt ältere Arbeitslose einzustellen. Die Arbeitslosigkeit der über 55-jährigen steigt seit Jahren erheblich an, während sie insgesamt stark zurückgeht. Darüber hinaus werden gerade die Älteren wenn überhaupt, dann zu erheblich schlechteren Arbeitsbedingungen weit unterhalb ihrer beruflichen Qualifikationen beschäftigt. So ist Armut bei Arbeit unter den über 55-Jährigen in Deutschland stärker ausgeprägt als in den übrigen EU-Staaten und liegt gleich auf mit Italien. Entsprechend hoch ist auch die drohende Altersarmut.

An der Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer hat sich schon Kurt Beck, damaliger langjähriger und hoch geachteter Ministerpräsident von Rheinland Pfalz und zum Vorsitzenden der SPD gekürt, 2008 die Zähne ausgebissen. Dabei ist besondere „Pikanterie“, dass der Anstoß dazu vom politischen Gegner kam, dem CDU Politiker Jürgen Rüttgers, damaliger Ministerpräsident von NRW. Gegen den erbitterten Widerstand der Agenda Architekten und Vollstrecker in der eigenen Partei konnte Beck damals zwar einige Verbesserungen erreichen, hat dies aber mit dem hohen Preis seines Rückzuges aus der

Machtzentrale der SPD bezahlen müssen. Der Polit-Thriller bei der Klausurtagung der SPD am Schwielow See bei Potsdam in Brandenburg am 7.September 2008 mit der erneuten Wahl des damaligen Bundesarbeitsministers in der Großen Koalition, Franz Müntefering, ist in bleibender Erinnerung. Noch im Sommer des letzten Jahres hat die jetzige Bundesarbeitsministerin und Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Andrea Nahles, einen erneuten Vorstoß zur Verlängerung von ALGI für ältere Arbeitnehmer gemacht, der allerdings im Sande verlaufen ist.

So notwendig es auch ist, diese Forderung zu konkretisieren und in das Wahlprogramm aufzunehmen, so unabdingbar ist jedoch eine Generalrevision von Hartz IV. Die Zusammenführung der früheren Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf deren niedrigerem Niveau hat für viele Arbeitnehmer vor allem in den strukturschwachen Wirtschaftszweigen und Regionen zu langanhaltender Arbeitslosigkeit geführt und nach Erschöpfung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld nach einem Jahr zum Abfall in Hartz IV.

Arbeitslose mit vorheriger Erwerbstätigkeit müssen wieder, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit, einen Anspruch auf Eingliederung in Arbeit durch Beratung, Vermittlung, Qualifizierung und auch Arbeitslosenunterstützung in den Arbeitsagenturen erhalten. Dies muss ebenfalls für alle Jugendlichen gelten, unabhängig davon, ob sie aus ALGI oder ALGII Familien kommen. Damit würden sie nicht, wie derzeit, auf die Job Center verwiesen, die mit den Hartz IV Leistungen für Unterkunft und Lebensunterhalt sowie flankierende Sozialleistungen bereits jetzt übermäßig beansprucht sind. Patchwork Aktionismus kleiner oder größerer Schritte der Verlängerung von Arbeitslosengeld I mit zunehmendem Lebensalter reichen dazu nicht aus.

Überfällig ist ebenfalls die Eingrenzung der ausufernden befristeten Beschäftigung bei Einstellungen. Gerade junge Menschen sind mit 18 Prozent besonders hart getroffen. Sie können weder ihre Arbeitnehmerrechte durchsetzen, ihre berufliche Entwicklung voranbringen, noch ihr privates und familiäres Leben gestalten.

Die Arbeitgeber haben bereits zum Gegenangriff geblasen. In einer ganzseitigen Anzeige in der FAZ kramt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in der Mottenkiste des Neoliberalismus und hält dem „lieben Martin Schulz“ vor: 5,3 Millionen Arbeitslose, 12,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, 1,8 Millionen Langzeitarbeitslose. Deutschland war der kranke Mann Europas. Jetzt stehen wir dank der Agenda 2010 wieder gut da, Glaubst Du wirklich, mit Deiner Rolle rückwärts wird es besser?“